

4
2009

ZwischenRuf

DAS MAGAZIN DES LANDTAGES VON SACHSEN-ANHALT



Unsere Jüngsten

Sie sollen behütet aufwachsen

- 08 FÖRDERUNG DER FRÜHKINDLICHEN BILDUNG
- 16 SACHSENSPIEGEL UND MAGDEBURGER RECHT
- 20 HOLOCAUST-GEDENKTAG 2010
- 24 EUROPÄISCHES JUGENDFORUM


DER LANDTAG VON
SACHSEN-ANHALT
www.landtag.sachsen-anhalt.de

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

wir blicken zurück auf ein Jahr, das politisch herausfordernd war. Beispielsweise konnten wir an bedeutende Jahrestage erinnern: Etwa an die Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik vor 60 Jahren oder die friedliche Revolution in der DDR sowie die Öffnung der innerdeutschen Grenze im Herbst 1989.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat diesen Ereignissen umfangreich gedacht. Viel Außenwirkung fanden unter anderem Diskussionsforen im Haus, Ausstellungen und die Beteiligung an einer Großveranstaltung anlässlich „20 Jahre Grenzöffnung“ am 9. November 2009 in Marienborn. Außerdem wurden im abgelaufenen Jahr wieder zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt, bei denen die junge Generation im Fokus stand. Wie etwa das Jugendparlament, das Jugendforum des Europäischen Parlaments oder der „Marktplatz Zukunft“. Ich halte gerade die Vermittlung der demokratischen Kultur an junge Menschen für wichtig. Daher wird es auch im nächsten Jahr zahlreiche Formate für die junge Zielgruppe im Landtag geben.

Für das Plenum war 2009 ein arbeitsreiches Jahr mit einem Schwerpunkt bei den Beratungen zum Doppelhaushalt 2010/2011 am Jahresende. Die Diskussionen um die Zukunft der Bildungsstandorte sowie die Wirtschafts- und Finanzkrise spiegelten sich auch bei den zentralen Themen der Anträge und Gesetzentwürfe wider.

Vor dem Hintergrund der Bandbreite der Landtagsarbeit freut es mich, dass wir seit einem Jahr mit dem Landtagsmagazin „ZwischenRuf“ über ein Medium verfügen, das Inhalt und Ziele unserer Arbeit einem größeren Leserkreis transparent darstellt. Da wir an der bestmöglichen Aufbereitung des Parlamentsalltags interessiert sind, ist die Redaktion über jeden Hinweis und jede Anregung zum Landtagsmagazin dankbar.

Auch im Jahr 2010 stehen wichtige Ereignisse an. Etwa der 20. Jahrestag der Wiedererlangung der staatlichen Einheit Deutschlands. Außerdem feiert der Landtag von Sachsen-Anhalt sein 20-jähriges Bestehen. Themen für den „ZwischenRuf“ wird es reichlich geben!



Natürlich erwarte ich, dass uns die Entwicklung in der globalen Finanz- und Wirtschaftsordnung weiter beschäftigen wird. Der aus Österreich stammende Ökonom Joseph Schumpeter hat sinngemäß gesagt, dass in der Krise mehr Vernunft herrscht, als in Zeiten der Hochstimmung. Insofern sind die Verantwortlichen der führenden Wirtschaftsnationen gerade jetzt in der Pflicht, Fehlentwicklungen an den globalen Finanzmärkten zu korrigieren und die Menschen dauerhaft von den Vorteilen einer sozialen Marktwirtschaft zu überzeugen.

Allen Teilen der Gesellschaft muss bewusst sein, dass es sinnvoller ist, ein tragfähiges Fundament für eine langfristig Erfolg versprechende Wirtschaft zu sichern, als kurzfristig unrealistisch hohe Renditen anzupeilen. Denn hohe Renditen gibt es nur zum Preis hoher Risiken.

In diesem Sinne wünsche ich mir, dass wir alle die besonderen Herausforderungen, die jedes Jahr mit sich bringt, als Anreiz begreifen, unsere Aufgaben in 2010 mutig anzugehen. So kann jeder dazu beitragen, das neue Jahr erfolgreich für die Menschen in Sachsen-Anhalt zu gestalten.

Dieter Steinecke
Landtagspräsident



Der Landtag hat nach fast eineinhalbjähriger Beratung ein Kinderschutzgesetz beschlossen – mit erheblichen Änderungen zu den ursprünglichen Plänen der Regierung. Statt einer zentralen Früherkennungsstelle werden ein Zentrum „Frühe Hilfen für Familien“ eingerichtet sowie in den Landkreisen und kreisfreien Städten lokale Netzwerke Kinderschutz geknüpft.

8



Nicht nur für Kinder ist ein Weihnachtsmarktbesuch der schönste Ausflug im Dezember eines jeden Jahres. Zahlreiche Städte in Sachsen-Anhalt haben hier einiges zu bieten.

12

AUS DEM PLENUM

LANDTAG BERÄT ÜBER HAUSHALT 2010/2011 04
Finanzminister Bullerjahn legt Zahlenwerk vor

HINTERGRUND

DIE „MACHT ÜBER DIE KASSE“ – DAS BUDGETRECHT DES PARLAMENTS 06

IM BLICKPUNKT

LOKALE NETZWERKE ZUM WOHLFARTH VON KINDERN 08
Sachsen-Anhalts Kinderschutzgesetz vom Landtag verabschiedet

AUS DEM PLENUM

VERGANGENHEIT, GEGENWART UND ZUKUNFT IM PARLAMENT DEBATTIERT 10
Wendejahr 1989, neue Gesetze und künftige Vorhaben waren Themen der November-Landtagssitzung

REGIONALFENSTER

WEIHNACHTSMÄRKTE IN SACHSEN-ANHALT 12

SACHSEN-ANHALT IN EUROPA

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN 14
Sachsen-Anhalt blickt nach Europa

IM BLICKPUNKT

20 JAHRE TRIUMPH DER FREIHEIT 15
Sachsen-Anhalt und Niedersachsen feiern Mauerfall



Am 27. Januar eines jeden Jahres gedenkt Deutschland der Opfer des Holocaust. Auch Landtag und Landesregierung von Sachsen-Anhalt werden im Januar 2010 gemeinsam mit Vertretern des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma im Rahmen einer Gedenkstunde im Landtag an den nationalsozialistischen Völkermord erinnern.

20



„Prima Klima? Europäisches Jugendforum“ lautete der Titel eines Diskussionsforums am 30. Oktober 2009 im Landtag. 90 Jugendliche aus Sachsen-Anhalt diskutierten mit Politikern.

24

MAGDEBURGER RECHT

SACHSENSPIEGEL UND MAGDEBURGER RECHT 16
Erste urkundlich erfasste Rechtsprechung in Europa

NACHLESE

DER MEISTER ALLER „BÜRGERBEWEGTEN“ 18

TREFFEN DER LANDTAGSSPITZEN... 18

FESTAKT ZUM TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT 19

VOLKSTRAUERTAG 19

DEUTSCHE GESCHICHTE

HOLOCAUST-GEDENKTAG 2010 20

IM BLICKPUNKT

DANK AN DEUTSCHE SOLDATINNEN UND SOLDATEN 22
IN KRISENREGIONEN DER WELT

LETZTE ZWISCHENRUF

NACHGERÜCKT: EDUARD JANTOS 23

EUROPÄISCHES JUGENDFORUM

JUNGE LEUTE IM DIALOG MIT EUROPA- UND LANDTAGSABGEORDNETEN 24

LANDTAG BERÄT ÜBER HAUSHALT 2010/2011

Finanzminister Bullerjahn legt Zahlenwerk vor

Am 8. Oktober 2009 legte die Landesregierung ihren Entwurf des Doppelhaushaltes 2010/11 dem Landtag vor. In seiner knapp einstündigen Einbringungsrede unter dem Titel „Die Krise bewältigen – die Entwicklung sichern!“ erläuterte Finanzminister Jens Bullerjahn vor den Parlamentariern ausführlich die Eckpunkte der Planungen für die nächsten zwei Jahre.

Dieser Doppelhaushalt ist der letzte der regierenden großen Koalition in der jetzigen Wahlperiode und der erste nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren Folgen für Sachsen-Anhalt. Bullerjahn machte deutlich, dass ohne diese Krise Sachsen-Anhalt - wie schon in den letzten drei Jahren - ohne neue Schulden ausgekommen wäre, und man hätte beginnen können, vorhandene Schulden zu tilgen. Nunmehr gelte es,

die notwendige Balance zwischen der Begrenzung neuer Schulden und den notwendigen Ausgaben zur Bekämpfung der konjunkturellen Krise zu finden. Es bestehe aus seiner Sicht „kein Grund, von den Zielen zur Konsolidierung, der Schwerpunktsetzung und der weiteren Entwicklung von Vorsorgemaßnahmen abzuweichen“. Auch soll es keine Abstriche bei bereits angegangenen Maßnahmen zur Lösung der strukturellen Probleme des Landes geben. Bullerjahn verwies in diesem Zusammenhang auf das weiterhin gültige Ziel, 2013 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und damit die Neuverschuldung zu stoppen. Auch die weiteren Projekte zur Bewältigung der insbesondere durch die rückläufige Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt entstehenden strukturellen Probleme wie die Straffung der Polizei-, Justiz- und Finanzverwaltung,

die Entwicklung einer Steuerschwankungsreserve sowie die Umsetzung des angegangenen Personalkonzeptes des Landes müssten weitergeführt und sogar ausgebaut werden.

HAUSHALTSVOLUMEN VON KNAPP 10 MILLIARDEN EURO

Der Haushaltsentwurf sieht für 2010 ein Volumen von 9,95 Mrd. € und eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 662 Mio. €; für 2011 ein Haushaltsvolumen von 9,8 Mrd. € sowie eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 543 Mio. € vor. Hierin ist auch der Landesanteil für das Konjunkturpaket II (36,6 Mio. € in 2010) enthalten. Die größten Ausgabenposten sind daneben die Personalkosten (2,5 Mrd. €), gefolgt von den Mitteln für den kommunalen Finanzausgleich (1,6 Mrd. €), den Zinsen (0,9 Mrd. €), der Kofinanzierung der EU-Mittel (0,6 Mrd. €) und der Sozialhilfe (0,5 Mrd. €).

FDP-FRAKTION MIT HERBER KRITIK AN DEN HAUSHALTSPLÄNEN

In der sich nach der Einbringung des Haushaltsentwurfs anschließenden dreieinhalbstündigen Landtagsdebatte verwies der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Wulf Gallert darauf, dass der Haushaltsentwurf 2010 im Vergleich zu den Vorjahren einen Volumenrückgang um 2 % bzw. 1,5 % für 2011 vorsieht. Auf der anderen Seite sehe er die Neuverschuldung des Landes, die unausweichlich scheint, wolle man die soziale Polarisierung nicht weiter ausdehnen oder die Nachhaltigkeit beschädigen. Sie zu sen-

ken, bleibe eine große Aufgabe, aber in Anbetracht der Lage werde das keiner derzeit vernünftig umsetzen können. CDU-Fraktionschef Jürgen Scharf machte besonders auf die Anstrengungen der Landesregierung aufmerksam, durch das seit längerem diskutierte Personalkonzept Einsparungen zu erzielen. Das sei insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung im Land zwingend nötig. Hier ließen sich neue Handlungsspielräume erschließen. Er forderte, mit Haushaltsplan 2010/11 weitere Impulse für Wachstum und Beschäftigung auszulösen. Jeder Bürger müsse spüren, dass Leistung sich lohne.

Auch SPD-Fraktionsvorsitzende Katrin Budde sieht eine derzeitige Neuverschuldung als nötig an. Weiterhin gelte es, den Schuldenabbau nicht aus dem Auge zu verlieren. Auch sie halte, wie schon die Vorredner, die Konzepte und die Finanzierung der Bildungsaufgaben für einen Schwerpunkt, der aber längst noch nicht ausdiskutiert sei.

Für die FDP-Fraktion hielt ihr Vorsitzender Veit Wolpert dem Finanzminister vor, mit diesem Haushaltsentwurf in die Verschuldung zu flüchten, Sparen zu vermeiden, Investitionen zu kürzen und Steuern und Abgaben zu erhöhen. Er hielt dem Finanzminister vor, bei den vergangenen Reformen zu oft nur „Peanuts eingespielt zu haben“ und wartete mit zahlreichen Rechenbeispielen auf. Aus seiner Sicht sei der Entwurf für den Doppelhaushalt 2010/11 pure Hilflosigkeit und nur der Versuch, niemandem weh zu tun.



Ministerpräsident
Prof. Wolfgang Böhmer (CDU)



Linke-Fraktionschef Wulf Gallert



CDU-Fraktionschef Jürgen Scharf



Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD)



SPD-Fraktionschefin Katrin Budde



FDP-Fraktionschef Veit Wolpert

INTENSIVE HAUSHALTSBERATUNGEN IN DEN LANDTAGSAUSSCHÜSSEN

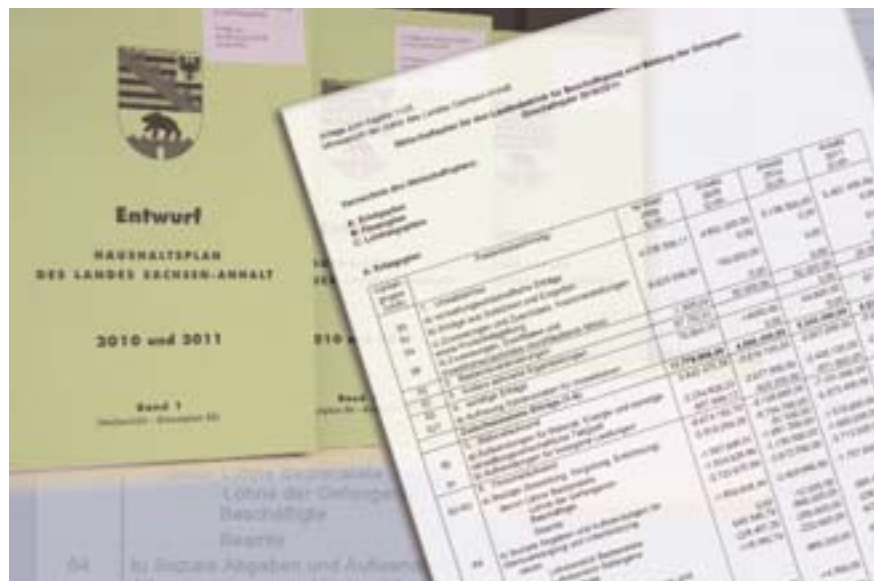
Bis Mitte Dezember wird nun der Haushaltsentwurf im Finanzausschuss und den übrigen ständigen Landtagsausschüssen – mit Ausnahme des Petitionsausschusses – unter die Lupe genommen. Dabei befasst sich jeder Ausschuss vorrangig mit den Einzelplänen der Ressorts (Ministerien) seines Zuständigkeitsbereichs, so z. B. der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur mit dem

„Einzelplan 07 – Kultusministerium“. Der Finanzausschuss betrachtet hingegen alle Bereiche und bündelt die Ergebnisse der anderen Ausschüsse. Noch vor Weihnachten sollen dann in einer abschließenden so genannten Bereinigungssitzung des Finanzausschusses die noch strittigen Fragen entschieden werden. Momentan kann davon ausgegangen werden, dass der Landtag in seiner Sitzung am 21./22. Januar 2010 endgültig über den Haushalt 2010/2011 entscheidet.

Detlef Pickut/
Ursula Lüdke-meier



DIE „MACHT ÜBER DIE KASSE“ – DAS BUDGETRECHT DES PARLAMENTS



Der Landtag beschließt über den Landeshaushalt. Dieser schlichte wie klare Satz in unserer Landesverfassung scheint eine Selbstverständlichkeit auszudrücken. Wer wenn nicht das durch das Volk in einer Wahl unmittelbar legitimierte Parlament soll über die Einnahmen und Ausgaben des Landes, über Steuern, Abgaben und Kredite, über Personalausgaben oder etwa Subventionen befinden? Der Weg dorthin war weit. Er ist ein Beispiel für die Parlamentarisierung staatlicher Ordnungen. Auch in den deutschen Monarchien waren zunächst die absoluten Herrscher Träger der „Camerall“-Gewalt (camera lat. für Zimmer, Gewölbe; hier in etwa wie „fürstliche Schatztruhe“). Im Zuge des Konstitutionalismus gewannen die ständischen Vertretungen zunehmend an Einfluss – sei es etwa bei der Steuergesetzgebung, bei der Budgetfeststellung oder erst im Budgetvollzug. Vor allem das

Recht der Budgetverweigerung wurde durch die Parlamente genutzt, um die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament zu erzwingen. Zahlreiche Budgetkonflikte vor allem im 19. Jahrhundert waren die Folge.

STAATSAUFGABEN UND HAUSHALT

Die Aufgaben des Staates bilden sich in seinen Ausgaben und deren Finanzierung durch Einnahmen ab. Deshalb heißt es nicht selten, der Haushalt sei „in Zahlen geronnene Politik“, das „Schicksalsbuch des Landes“. Denn: Das Budget hat eine Programmfunktion. Es zeichnet auch jenes Bild von den Aufgaben des Staates und vom sozialen Ausgleich, das die Regierungsmehrheit anstrebt. Angesichts der Explosion der Ausgaben des modernen Staates kann nicht verwundern, dass sich die Haushaltspläne heute erheblich von jenen aus der

Anfangszeit des modernen Budgetwesens unterscheiden. So umfasste der „Allgemeine Etat“ für das Königreich Preußen 1821 ganze zwei Druckseiten. Der Entwurf des Landeshaushalts für die Jahre 2010 und 2011 hat völlig andere Dimensionen.

DIE „MACHT DER KASSE“

Die „Macht der Kasse“ ist in der parlamentarischen Demokratie fein austariert. Haushaltsentwürfe zu erstellen, ist allein Sache der Exekutive. Es ist ausschließlich das Recht und die Pflicht der Landesregierung, dem Landtag Gesetzentwürfe zur Feststellung der Einnahmen und Ausgaben zuzuleiten. Das gilt genauso für Änderungs- und Ergänzungsvorlagen. Auch das Volk darf keine Haushaltsgesetzgebung in Gang setzen. Es ist eine alte Verfassungsregel in Deutschland, dass das nicht zulässig sein soll. Dieses Initiativmonopol ist nicht nur Ausdruck staatspolitischer Traditionen. Es trägt auch dem Umstand Rechnung, dass allein die Exekutive über die Sachkunde und das erforderliche Personal verfügt, diese umfangreiche Vorlage verantwortungsbewusst zu entwerfen. Das schuldet sie dem Parlament. Ist ein Haushaltsentwurf in den Landtag eingebracht worden, ist bis zum Beschluss über das Gesetz allein das Parlament Herr des Verfahrens. Das Parlament wird dabei nicht darauf reduziert, den Haushaltsentwurf anzunehmen oder abzulehnen (Haushaltsverweigerung); es kann den Entwurf auch nachhaltig verändern. Zentraler Ort der parlamentarischen Haushaltsberatungen in ihrem

ständigen Mit- und Gegeneinander zur Exekutive ist der Ausschuss für Finanzen. Als Treuhänder und Hüter des parlamentarischen Budgetrechts – dem neben dem Petitionsrecht ältesten Recht der Parlamente – ist er ein wesentlicher Machtfaktor, denn dem Plenum ist es faktisch unmöglich, über alle einzelnen Haushaltspositionen zu beraten. Seine budgetpolitische Kontrollfunktion wird dadurch unterstrichen, dass der Vorsitz nach einer ungeschriebenen Regel des Parlamentsrechts durch ein Mitglied der größten Oppositionsfraktion wahrgenommen wird. Es ist Credo des Finanzausschusses, den zugleich auskömmlichen wie wirtschaftlichsten Weg zur Erreichung der politischen Ziele der Regierungsmehrheit zu erreichen bzw. politische Alternativen aufzuzeigen.

DAS VERFAHREN

Federführend im parlamentarischen Haushaltsverfahren ist der Finanzausschuss. An ihn und an alle anderen ständigen Fachausschüsse mit Ausnahme des Petitionsausschusses wird der Haushalt nach der ersten Lesung im Plenum zur weiteren Beratung überwiesen. Diese Fachausschüsse wie z. B. der Sozialausschuss beraten zunächst die Teile des Haushaltsplans, die sie betreffen. Sie richten ihre Empfehlungen an den Finanzausschuss, der sich seinerseits intensiv in ungezählten Sitzungstunden mit allen Einzelplänen befasst. Am Ende steht eine Beschlussempfehlung, die der Ausschuss für Finanzen beschließt und dem Landtag zuleitet. Dort

NACHGEFRAGT:

Dr. Angelika Klein (DIE LINKE)
Vorsitzende des Finanzausschusses



ZR: **Sie sind seit 2005 Vorsitzende des Finanzausschusses. Wie üben Sie dieses Amt aus?**

Ich verstehe mich als Moderatorin und bin bemüht, überparteilich und ausgleichend zu wirken, bzw. bei Tagesordnungen mit bis zu 20 Themen im Interesse der Effizienz Schwerpunkte zu setzen.

ZR: **Sie sind zugleich finanz- und haushaltspolitische Sprecherin Ihrer Fraktion. Entsteht da nicht ein Interessenskonflikt?**

Nein. Wenn ich die Meinung der Fraktion äußern möchte, gebe ich mir das Wort als Fraktionssprecherin und kündige das auch so an. Es wird von allen akzeptiert.

ZR: **Der Doppelhaushalt 2010/11 hat 21 Einzelpläne. Wie bereiten Sie sich vor? Kennen Sie jede Einzelposition?**

Die Vorbereitung nimmt in der Tat viel Zeit in Anspruch. Seit drei Wochen lese ich Haushaltsvorlagen. Für jeden Einzelplan bereite ich mich gesondert vor. Problematisch sind Änderungsanträge, die während der Sitzung als Tischvorlage eingehen. Nicht selten über 20 Stück. Ich darf nichts übersehen. Natürlich kenne ich nicht alle Einzelpositionen. Bei Plänen zum Teil in Buchstärke mit bis zu 300 Seiten ist das unmöglich. Ich kenne aber alle wichtigen Eckdaten. Zusätzlich bemühe ich mich, mit meinen Fachkollegen die Position der Fraktion abzustimmen. Gern würde ich auch an den Beratungen der Fachausschüsse teilnehmen – was leider nicht zu schaffen ist.

ZR: **Der Haushalt ist ein Marathon mit vielen ganztägigen Sitzungen. Wie muss man sich die Stimmung in den letzten Stunden des Tages vorstellen?**

Aufgrund der Spezifik eines jeden Einzelplans ist die Stimmung immer sehr sachlich. Auch gegen Abend. Vielleicht liegt es daran, dass die Sitzungen nicht öffentlich sind und man sich auch einmal etwas sagt, was man z. B. im Plenum für sich behalten würde.

wird sie in einer zumeist mehrstündigen Beratung debattiert. Erst mit dem Beschluss des Landtages und seiner Veröffentlichung hat das Land einen Haushalt. Und auch nach der Sitzung im Januar, für die die Beschlussfassung über den Haushalt 2010/2011 geplant ist, wird sich die parlamentarische Weisheit be-

stätigt haben: Kein Haushalt verlässt das Parlament, wie er eingebracht wurde. Spannend ist das allemal, denn diese Änderungen am Regierungsentwurf werden in aller Regel von jenen Abgeordneten getragen, die auch die Regierung parlamentarisch stützen, ihr also eine Mehrheit sichern. Dr. Torsten Groß

LOKALE NETZWERKE ZUM WOHLE VON KINDERN

SACHSEN-ANHALTS KINDERSCHUTZGESETZ VOM LANDTAG

VERABSCHIEDET

BAUSTEINE DES KINDER- SCHUTZGESETZES

Um die Kindergesundheit zu fördern sowie Risiken für das Kindeswohl frühzeitig zu erkennen, entstehen in Sachsen-Anhalt flächendeckend „Lokale Netzwerke Kinderschutz“, in denen neben Ämtern und Behörden mit dem Kindeswohl befasste Vereine, Organisationen, Mediziner, Krankenhäuser, Hebammen, Beratungsstellen, Polizei, Familienrichter und Familienzentren vertreten sind.

Sie bieten für Schwangere, Kinder, Mütter und Väter rechtzeitig und passgenaue soziale und gesundheitliche Hilfen und Leistungen. Dazu sind u. a. frühe und niedrigschwellige Hilfen sowie ein Risiko-, Krisen- und Fehlermanagement auf- und auszubauen.

Auf Landesebene hat ein Zentrum „Frühe Hilfen für Familien“ u. a. die lokalen Netzwerke zu unterstützen, den Erfahrungsaustausch untereinander zu organisieren und Handlungsempfehlungen zur Gefährdungseinschätzung zu erarbeiten.

Kinder effektiver vor Misshandlung, Missbrauch, Verwahrlosung und Vernachlässigung zu schützen und ihre Förderung zu erweitern, sei Ziel rechtlicher Grundlagen zur Verbesserung des Kinderschutzes in Sachsen-Anhalt. Das betonte Gesundheitsministerin Dr. Gerlinde Kuppe, als sie im Juni 2008 dem Landtag den Entwurf eines Kinderschutzgesetzes vorstellte. Nachdem der unstrittige Teil – Sprachtests für alle Vorschulkinder – in einem gesonderten Gesetz im Dezember 2008 beschlossen wurde, ist nun auch der gesetzlich verbrieft Kinderschutz in Sachsen-Anhalt verabschiedet worden – jedoch mit erheblichen Änderungen gegenüber der ursprünglichen Fassung.

Vor allem gegen eine geplante zentrale Früherkennungsstelle, an die Kinderärzte alle durchgeführten Früherkennungsuntersuchungen melden sollten, gab es erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. Vorgesehen war eine Verpflichtung der Eltern, mit ihren Kindern ab dem dritten Lebensmonat bis zu fünfzehn Jahren Vorsorgeuntersuchungen wahrzunehmen. Wer dem nicht nachkommt, sollte mit Namen und Adresse an das Jugendamt gemeldet werden, das dann über Maßnahmen zur Abwendung einer möglichen Gefährdung des Kindes entscheiden sollte.

Wegen der vom Datenschutzbeauftragten und dem Landtagsausschuss für Recht und Verfassung geäußerten Vorbehalte gegen diese Vorschriften wurde auf die zentrale Früherkennungsstelle gänzlich verzichtet, begründete der So-

zialausschuss die nun vorliegende Beschlussempfehlung. Statt dessen soll jetzt ein Zentrum „Frühe Hilfen für Familien“ beim Sozialministerium eingerichtet werden, das Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe sowie neu zu schaffende lokale Netzwerke Kinderschutz zu unterstützen und zu beraten hat. Solche lokalen Netzwerke Kinderschutz in allen Landkreisen und kreisfreien Städten einzurichten, ist eine sich aus dem Gesetz ergebende Verpflichtung, die von allen Fraktionen begrüßt wird. Das Land Sachsen-Anhalt stellt dafür 2010 einen Betrag von 20.000 Euro und in den Folgejahren jeweils 10.000 Euro bereit.

Die CDU sei überzeugt, dass die engere Zusammenarbeit von Ärzten, Beratungsstellen und Behörden unter Leitung des Jugendamtes das Instrument sein könnte, um den Schutz des Kindeswohls in Sachsen-Anhalt zu verbessern, betonte der Abgeordnete Markus Kurze in der 2. Lesung des Gesetzentwurfs am 12. November „Unser Kinder sollten wie das Gold unseres Landes behandelt werden“, sagte er, doch seien Kindesvernachlässigung, -misshandlung und -missbrauch leider auch Realität. Kinderschutz sei in erster Linie Aufgabe der Eltern, betonte die SPD-Abgeordnete Petra Grimm-Benne. Aber es gebe Eltern, die ihrem Erziehungsauftrag nicht gewachsen seien und meist aus Hilflosigkeit Gewalt anwenden würden. „Diese Eltern brauchen Hilfe“, stellte sie fest und äußerte die Erwartung, dass die kommunalen Netzwerke alle, die mit Kindern

zu tun haben, zusammenführen und einen verlässlichen Rahmen für gemeinsames Handeln zum Schutz der Kinder geben werden. Den Netzwerkgedanken hält auch die FDP für richtig. Trotz des positiven Ansatzes werde sich ihre Fraktion aber aus weiteren inhaltlichen Überlegungen bei der Abstimmung enthalten, kündigte deren Sprecherin Dr. Lydia Hüskens an. Auch die Fraktion DIE LINKE, die die zugesicherte finanzielle Unterstützung für die lokalen Netzwerke begrüßte, enthielt sich. Das Fundament in den Kommunen, das sich der präventiven Arbeit mit Familien und Kindern widme, werde durch vorgesehene Kürzungen bei Be-



ratungsstellen gefährdet, begründete Eva von Angern das Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion.

Normiert werde mit dem Gesetz auch die Unterstützung für Fortbildung von Hebammen und Entbindungspflegern, die im Bereich der Familienhilfe tätig werden, hatte die Gesundheits- und So-

zialministerin auf einen anderen Aspekt hingewiesen. Wegen des weiter steigenden Bedarfs komme der Koordinierung ihres Einsatzes große Bedeutung zu.

Das „Gesetz zum Schutz des Kindeswohls und zur Förderung der Kindergesundheit“ wurde mit den Stimmen der Koalition verabschiedet. *Gudrun Oelze*

FAMILIENHEBAMMEN BETREUEN KINDER BIS ZUM ERSTEN GEBURTSTAG



Cornelia Striewski ist eine von 33 Familienhebammen in Sachsen-Anhalt. Im Altmarkkreis Salzwedel besucht sie über die von Krankenkassen finanzierte achtwöchige Betreuung hinaus ein ganzes Jahr lang Familien in sozialen Krisensituationen. Das Angebot ist für Betroffene kostenlos und absolut freiwillig. Auf Empfehlung des Jugendamtes

oder von Mutter-Kind-Heimen geht die Familienhebamme in die Familien. Ob diese die Hilfe annehmen, bleibt für Außenstehende anonym. Viele Mütter stammen selbst aus schwierigen Familienverhältnissen. „Wer sich selbst nicht liebt, kann auch kaum Liebe an das kleine Wesen weitergeben“, meint Cornelia Striewski und versucht, bei solchen Frauen eine Mutter-Kind-Bindung zu initiieren. Bei ihren meist wöchentlichen Besuchen wiegt sie stets das unbedeckte Kind. Bei Anzeichen auf falsche Ernährung – meist eher zu rund als untergewichtig – oder bei wunden Po gibt sie Tipps zur Nahrungszubereitung oder Hinweise zum regelmäßigen Windel- und Wäschewechsel. Manchmal wird gemeinsam das Baby gebadet, immer aber nach Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchungen und finanzieller Leistungen wie Eltern- und Kindergeld gefragt. Für viele von ihr betreute Familien – die jüngste Mutter war kaum älter als ihr eigener 12-jähriger Sohn – wünscht sie sich eine über das erste Lebensjahr des Kindes hinausgehende Betreuung. Diesen Part können künftig Familienpaten übernehmen.

VERGANGENHEIT, GEGENWART UND ZUKUNFT IM PARLAMENT DEBATTIERT

WENDEJAHR 1989, NEUE GESETZE UND KÜNFTIGE VORHABEN
WAREN THEMEN DER NOVEMBER-LANDTAGSSITZUNG

„Ohne Wasser, merkt euch das, wär uns're Welt ein leeres Fass...“ lässt der Komponist Luigi Cherubini den Wasserträger in seiner gleichnamigen Oper singen. Wasser als ein Lebenselixier des Menschen oder vielmehr die damit verbundenen Kosten beschäftigten während der Parlamentssitzung im November 2009 bei gleich zwei Tagesordnungspunkten auch die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt.

WASSERGESETZ NOVELLIERT

Das neuerlich geänderte Wassergesetz soll die Kosten für Unterhaltung und Pflege kleinerer Gewässer im Land gerechter verteilen. Die Regierung hatte dem Parlament dazu im Sommer einen Gesetzentwurf vorgelegt. Die bisherige Regelung, alle Grundstücksbesitzer pauschal für die Instandhaltung der insgesamt rund 24.000 Kilometer langen Bäche und Wassergräben im Land zur Kasse zu bitten, war von Land- und Forstwirten kritisiert worden. Der Landtag hatte das zuständige Ministerium beauftragt, die Gleichmacherei zu beenden und eine Gebühr nach Aufwand festzuschreiben. Das war schwieriger als gedacht, wie Pilotprojekte zeigten. So erwies sich ein modifizierter Flächenmaßstab wegen des hohen Verwaltungsaufwandes als untauglich. Statt dieser Regelung sieht das Gesetz nun eine weniger differenzierte Gebüh-

renlösung vor. Dr. Hermann Onko Aekens sagte in seiner ersten Rede als Umweltminister, dass die jetzt vorliegende Alternative dem grundsätzlichen Anliegen – ab 2010 Beiträge zur Gewässerunterhaltung nach dem Verursacherprinzip zu erheben – in angemessener Weise treu bleibe. So wird künftig der Grundsteuerbezug entfallen und ein zusätzlicher, obligatorischer Erschwereniszuschlag für stark versiegelte Flächen, der sich an der Einwohnerzahl orientiert, eingeführt. Die Mitgliedschaft in den Unterhaltungsverbänden, von denen 28 im Land Sachsen-Anhalts Gewässer zweiter Ordnung pflegen, bleibt auf Gemeinden beschränkt. Vorher waren neben den Kommunen auch Eigentümer von grundsteuerfreien Flächen per Gesetz Mitglied in diesen Verbänden.

Das novellierte Wassergesetz wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen verabschiedet, von der Opposition aber abgelehnt. Die neuen Regelungen sollen ab 1. Januar 2010 Kommunen und Unterhaltungsverbänden ein kosteneffizientes und rechtssicheres Handeln ermöglichen.

WASSERPFENNIG

Den so genannten Wasserpfennig auch in Sachsen-Anhalt auf eine rechtliche Basis zu stellen, war Anliegen eines Antrags der Fraktion DIE LINKE. Die anderen Fraktionen sahen jedoch keine Not-

wendigkeit, die Landesregierung zur Schaffung gesetzlicher Regelungen für die Entrichtung von Wasserentnahmegebühren zu beauftragen und dabei unter anderem Ausnahmemöglichkeiten bei großem Wasserbedarf für gewerbliche, land- oder forstwirtschaftliche Zwecke zu berücksichtigen. Mit der Ablehnung des Antrags bleibt es nun dabei, dass die Landesregierung per Verordnung von Wassergroßverbrauchern einen „Wasserpfennig“ verlangen kann.

BERATUNGSLANDSCHAFTEN

Nachdem das Parlament am Vortag ein Kinderschutzgesetz verabschiedet hatte, das unter anderem Träger der Wohlfahrtspflege und Kinderschutzorganisationen zur Mitarbeit in lokalen Kinderschutz-Netzwerken verpflichtet, stand die Neustrukturierung der Beratungslandschaft in Sachsen-Anhalt auf der Tagesordnung. Die Initiative für ein von der Landesregierung zu erarbeitendes Konzept zur zukünftigen Ausgestaltung der Beratungslandschaft war von der FDP-Fraktion ausgegangen. Die Wohlfahrtsverbände brauchten Planungssicherheit, meinten die Liberalen, ein abgestimmtes Konzept über Art und Anzahl der Beratungsstellen sowie den Umfang der finanziellen Beteiligung des Landes könnte dortigen Existenzängsten entgegenwirken. In einer von den Regierungsfractionen CDU und SPD geänderten Fassung wurde letztlich be-



Im Landtag kontrovers diskutiert: Die Finanzierung der Gewässerunterhaltung.

schlossen, dass die Landesregierung bis Herbst 2010 Grundlagen für die jeweilige strukturelle und inhaltliche Entwicklung unterschiedlicher Beratungsangebote zu erarbeiten und dabei deren Träger, die LIGA der freien Wohlfahrtspflege und die kommunalen Spitzenverbände einzubeziehen hat. Dabei sollen insbesondere der veränderte Beratungsbedarf der Bevölkerung angesichts der demografischen Entwicklung, Art und Anzahl der in einer Region vorzuhaltenden Beratungsstellen sowie mögliche Synergien zwischen Trägern und/oder den Beratungsstellen berücksichtigt werden. Land, Kommunen und Träger haben dem Landtagsbeschluss entsprechend ab 2012 Finanzierungsmodalitäten für Beratungsangebote – solche gibt es zum Beispiel für Rat Suchende in schwierigen persönlichen Situationen, beim Verbraucherschutz sowie zur gesundheitlichen Prävention – abzustimmen.

DDR-GESCHICHTE IM UNTERRICHT

Die 35. Sitzungsperiode des Landtages fiel in eine Zeit, in der vielerorts in Sach-

sen-Anhalt des 20. Jahrestages der Grenzöffnung gedacht wurde. Nicht nur an Brennpunkten beim Fall von Mauer und Stacheldraht soll die Erinnerung an die frühere deutsche Teilung bewahrt werden, sondern auch Schülergenerationen, die nach 1990 geboren wurden, Grundwissen zur DDR-Geschichte vermittelt werden, sind sich alle Landtagsfraktionen einig. Die CDU hatte zu dieser Thematik eine Große Anfrage an die Landesregierung gerichtet, deren Antwort nun im Plenum debattiert wurde. Anlass für die Anfrage waren durch Studien belegte eklatante Wissenslücken bei Jugendlichen zur DDR-Geschichte.

Zur Verantwortung der Schulen für die Vermittlung bedeutsamen Wissens sowie für die Entwicklung von Wertevorstellungen, Einstellungen, Verhaltensweisen und gesellschaftlichen Normen gehöre auch die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte, betont die Landesregierung in ihrer Antwort. Dies müsse eingebunden werden in eine deutsch-deutsche parallele Ge-

schichtsbetrachtung. An Sachsen-Anhalts Schulen sei die Behandlung der DDR-Geschichte eine verpflichtende Aufgabe.

Vom Umfang her gebe es keinen Handlungsbedarf, wohl aber hinsichtlich der Qualität der Angebote, räumte während der Aussprache im Plenum Kultusminister Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz ein. DIE LINKE warnte davor, die Gestaltung von Lehrplänen sowie die Unterrichtsmittel zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung zu machen. Fehlender Erfahrungsbezug und daraus resultierendes Desinteresse seien Gründe für Wissenslücken zur DDR-Geschichte bei den heutigen Schülern, so die SPD. Die Erinnerung und die Aufarbeitung dieser 40 Jahre seien gesamtgesellschaftlich nötig, um die Gegenwart und eine Zukunft in Freiheit zu sichern. Wir haben jeden Tag die Pflicht zu vermitteln, wie Demokratie funktioniert, betonte auch die FDP, die für Lehrer verpflichtende und attraktive Weiterbildungsangebote forderte.

Gudrun Oelze

WEIHNACHTSMÄRKTE IN SACHSEN-ANHALT



Nicht nur für Kinder ist der Dezember die schönste und aufregendste Zeit des Jahres, geprägt von Tannen- und Plätzchenduft, Kerzenlicht, Lebkuchen und Heimlichkeiten. Bereits im 14. Jahrhundert entstand in der Vorweihnachtszeit der Brauch, Handwerkern wie Korbflechtern, Spielzeugmachern und Zuckerbäckern die Erlaubnis zu erteilen, auf dem Marktplatz Verkaufsstände zu errichten. Hier durften sie dann ihre Erzeugnisse und Produkte für das Weihnachtsfest verkaufen. Von Anfang an wurde bei den Weihnachtsmärkten an das leibliche Wohl der Marktbesucher gedacht. Und so gab es neben Spielzeug und nützlichen Dingen auch geröstete Kastanien, Mandeln und Nüsse im Angebot. Damit war der Grundstein für die Weihnachtsmärkte gelegt, die mittlerweile in nahezu jedem größeren Ort Deutschlands zur Tradition geworden sind.

Heute gehen die meisten Besucher mit ihren Familien, Freunden oder Arbeits-

kollegen auf den Weihnachtsmarkt. Und manch einer lässt bei einem guten Glas Glühwein oder einem heißen Punsch die besten Momente des Jahres Revue passieren und freut sich auf die verdiente Weihnachtspause. Weil der Weihnachtsmarkt zur schönsten Einstimmung auf die Festtage zählt, haben sich auch die Kommunen in Sachsen-Anhalt auf den Trubel rund um die geschmückte Tanne gerüstet.

WEIHNACHTSMANN HÄLT SPRECHSTUNDE

Mehr als 125 Anbieter locken allein rund um den Magdeburger Reiter mit Holzspielzeug, Christbaumschmuck, Glaswaren, Töpferwaren, Nüssen, Früchten und anderen Leckereien. Im historischen Märchenwald, Anziehungspunkt vor allem für die Kleinen, gibt es täglich Weihnachts-Live-Melodien, die Weihnachtsmann-Sprechstunde und an den Wochenenden aufregende Märchenaufführungen. Für die Großen interessant ist dagegen die

sprichwörtliche Glühwein-Kultur, die in zahlreichen Hütten mit heißen Punsch, Grog- und Glühweinspezialitäten zelebriert wird. Das Magdeburger Lichterfest lädt seine Gäste wieder bis zum Jahresende, also bis zum 30. Dezember, ein und ist damit einer der am längsten geöffneten Weihnachtsmärkte Deutschlands.

Zu den Kleinsten seiner Art dagegen zählt der Biedermeier-Christmarkt in Werben (Elbe), der am dritten Adventswochenende (12./13. Dezember) in der knapp 800 Einwohner zählenden Hansestadt stattfindet. Dafür gehört er sicher zu den schönsten und ungewöhnlichsten Märkten der Region: Händler, Handwerker, Künstler und Marktfrauen in Biedermeierkostümen bieten ihre Waren feil. Am Abend erstrahlen die Stände im Schein von Kerzen und Holzkohlefeuern. Das Konzert am Adventssonabend in der St. Johanniskirche wird von den Nachtwächtern der kleinsten Stadt Sachsen-Anhalts bewacht, bewehrt mit Laterne, Horn und Hellebarde.

GRÖSSTER ADVENTSKALENDER DEUTSCHLANDS

Die UNESCO-Welterbestadt Quedlinburg am Nordrand des Harzes punktet mit dem größten Adventskalender Deutschlands: Täglich um 16:30 Uhr öffnet sich die Tür eines historischen Fachwerkhäuses rund um den Schlossberg mit Überraschungen für Kinder und Erwachsene. Der eigentliche Höhepunkt der Vorweihnachtszeit inmitten der insgesamt rund 1300 Fachwerkhäuser, dem Schloss und der mächtigen Stiftskirche ist der „Advent in den Höfen“. 25 Häuser in der historischen Innenstadt öffnen dafür am zweiten und dritten Adventswochenende ihre Innenhöfe, in denen Künstler, Kunsthandwerker und Köche ihre Werke anbieten.

Um Adventshöfe – zwischen historisch, alternativ und märchenhaft – geht es auch im 700 Jahre alten Wittenberg: Und mittendrin steht die Stadtkirche St. Marien – die einstige Predigtkirche von Martin Luther. In dieser Wiege der

Reformation lebten und wirkten auch solche berühmten Persönlichkeiten wie Philipp Melanchthon und Lucas Cranach d. Ä.

Halle ist nicht nur die größte Stadt Sachsen-Anhalts. Halle wirbt auch mit der größten Adventskerze Europas: Konkret geht es dabei um den Roten Turm auf dem Marktplatz, der erneut rot und gelb angestrahlt und so weithin sichtbares Zeichen ist. Zudem wird in der Stadt an der Saale dafür gesorgt, dass es tatsächlich schneit. Dafür steht eine große, begehbare Schneekugel aus durchsichtigem Plexiglas. Wer will, kann sich hier im künstlichen Flockenwirbel Seite an Seite mit dem Weihnachtsmann fotografieren lassen. Neben anderen internationalen Gästen sorgen eigens aus Finnland angereiste Rentiere, ein finnisches Dorf und eine 500 Quadratmeter große Eislaufbahn für winterliche Stimmung. Und im geheimnisvollen Märchenwald werden nicht nur Schneewittchen und Dornröschen lebendig.

DIE ERSTEN STOLLEN KOMMEN AUS NAUMBURG

Die erste schriftliche Erwähnung fand der Stollen nicht in Dresden, sondern in Naumburg: Im Jahr 1329 verlieh Bischof Heinrich den Naumburger Bäckern das Innungsrecht. Im Gegenzug mussten die dem Bischof neben anderen Entschädigungen zwei lange Brote – eben die Stollen – liefern. Auf dem Weihnachtsmarkt wird an diese Begebenheit und die dazugehörige Urkunde mit der „Stollenszene“ erinnert. Zudem gibt es hier zwischen prächtigen Bürgerhäusern und der Stadtkirche St. Wenzel bunte Hütten, die unter anderem gebrannte Mandeln sowie knusprige Waffeln anbieten. Und auch in Naumburg gibt es „Weihnachtliches in den Höfen“; und zwar am ersten Adventswochenende (28./29. November). Zwei Wochenenden später (12./13. Dezember) öffnen die historischen Keller und Gewölbe der Altstadt.

Birgitt Pöttsch

www.weihnachtsmarkt-deutschland.de/sachsen-anhalt

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

SACHSEN-ANHALT BLICKT NACH EUROPA

Europäisches Recht und europäische Politik sind längst kein gedankliches Konstrukt mehr. Was die Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft seinerzeit auf den Weg brachten, trägt nicht erst seit dem kürzlich ratifizierten EU-Reformvertrag von Lissabon seine Früchte. Die Vision eines einheitlichen Staatengebildes mit dem Namen Europa hat in den letzten Jahrzehnten immer mehr Form angenommen; allein 70 Prozent der Gesetze in Deutschland beruhen ganz oder teilweise auf Vorgaben der EU-Ebene. Europäische Entscheidungen haben wesentlichen Einfluss auf Bundes- und Landesrecht gewonnen; nicht zuletzt auf die Kommunen und damit auch auf die Bürgerinnen und Bürger Sachsens-Anhalts.

AUSSCHUSS DER REGIONEN

Sachsen-Anhalt kann nicht nur über den Bundesrat seine Interessen auf EU-Ebene vertreten, sondern auch durch den so genannten Ausschuss der Regionen (AdR), der insgesamt gut 360 Mitglieder vorweist. Vertreter der Gemeinden, Städte und Regionen sind darin

versammelt, die eine Beraterfunktion im Gefüge der Europäischen Union innehaben. Mit Staatssekretär Dr. Michael Schneider hat Sachsen-Anhalt nicht nur ein Mitglied im AdR, sondern stellt mit ihm auch den Vizepräsidenten des Gremiums. Seit acht Jahren ist Schneider erfolgreich im Ausschuss tätig, Grund genug für die Landesregierung, ihn wiederum dorthin zu delegieren. Der Landtag hat dies mit seinem Votum bestätigt. Außerdem tritt nach seiner Wahl im Oktober 2009 Tilman Tögel (SPD) für die nächsten vier Jahre die Nachfolge von Guido Kosmehl (FDP) als stellvertretendes Mitglied im AdR an. Tögel werde neben seiner landespolitischen vor allem auch seine jahrelange Erfahrung in der Kommunalpolitik in seine Stellvertreterarbeit einfließen lassen können, so die Begründung seiner Fraktion. Die Kandidaten der LINKEN (Petra Hort, Bürgermeisterin von Wanzleben) und der FDP (Guido Kosmehl, MdL) hatten sich bei der Abstimmung nicht gegen Tilman Tögel durchsetzen können. Als ein Schwerpunkt der Arbeit der sachsen-anhaltischen Mitglieder im AdR wird die zukünftige Ausgestaltung der Strukturpolitik in Europa betrachtet. Hier obliegt es



Dr. Michael Schneider bei einem vom AdR initiierten Spitzentreffen europäischer Regionen und Städte in Prag

dem Ausschuss, beispielsweise Stellungnahmen zu erarbeiten, in denen die Vorschläge der Europäischen Kommission geprüft und notwendige Änderungen erörtert werden.

ZWEITES LANDES-SPRACHROHR

Mit neun Vertretern der kommunalen und ebenso vielen der Landesebene entsendet Deutschland insgesamt 18 Mitglieder (plus 18 Stellvertreter) in den Kongress der Gemeinden und Regionen (KGRE), einem 1994 ins Leben gerufenen beratenden Gremium des Europarates. Hier haben die deutschen Bundesländer die Möglichkeit, sich an der Arbeit des Europarates zu beteiligen und länderspezifische Interessen zu vertreten. Seit dem Jahr 2004 ist Jürgen Stadelmann (CDU) vom Landtag in den Kongress berufen, derzeit als stellvertretendes Mitglied. Unter anderem wurde Stadelmann zum Thema „Interregionaler Transport als Faktor für den Zusammenhalt der Regionen“ vom Ausschuss zum Berichterstatter für die deutsche Delegation benannt.

Stefan Müller



Tilman Tögel



Jürgen Stadelmann

20 JAHRE TRIUMPH DER FREIHEIT

SACHSEN-ANHALT UND NIEDERSACHSEN FEIERN MAUERFALL

„Über sieben Brücken musst du gehn, sieben dunkle Jahre überstehn, siebenmal wirst du die Asche sein, aber einmal auch der helle Schein. ...“ Mit dem Lied der Gruppe „Karat“, das in der DDR für viele zum Symbol von Hoffnung und Sehnsucht geworden war, endete am 9. November ein großes Fest an der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn.

FRIEDLICHE REVOLUTION

Sachsen-Anhalter und Niedersachsen hatten hier gemeinsam den 20. Jahrestag des Mauerfalls gefeiert. Die Ministerpräsidenten der beiden Länder, Prof. Wolfgang Böhmer und Christian Wulff, würdigten die friedliche Revolution. Auch das kalte und regnerische Wetter konnte die rund 2.000 Gäste nicht davon abhalten, an der Veranstaltung auf dem Gelände der heutigen Gedenkstätte Deutsche Teilung an der A2 teilzunehmen. Viele von ihnen erinnerten sich noch gut an den Tag vor zwei Jahrzehnten und daran, wie und wo sie von der unerwar-



Reges Interesse in der ehemaligen Abfertigungshalle der Grenzübergangsstelle Marienborn.



Höhepunkt des Festkonzerts: die Gruppe Karat.



Zu Gast: die Ministerpräsidenten beider Länder.

teten Grenzöffnung erfahren hatten. Zahlreiche Besucher zogen es in das Museum der Gedenkstätte. Auf dem Areal sind noch zahlreiche Anlagen erhalten, darunter Wachturm und Zollräume. Direkt aus den ehemaligen Kontrollbaracken berichteten MDR und NDR in Sondersendungen. Ein Ex-Offizier der Pass- und Kontrolleinheit des MfS erzählte über seinen Dienst in Marienborn. Mit Spannung verfolgt wurden auch Einblicke in das unterirdische Tunnelsystem. Auf der zentralen Festveranstaltung dankten evangelische und katholische Bischöfe der Bundesländer für den friedlichen Verlauf der Revolution. Dann sprachen die Regierungschefs.

TRIUMPH DER FREIHEIT

Prof. Böhmer bezeichnete den 9. November 1989 als „Triumph der Freiheit über die Unfreiheit“. Die DDR-Bürger hätten eine Diktatur gestürzt und die Freiheit gewonnen. Er warnte davor, einen Schlussstrich unter die DDR-Geschichte zu ziehen und erinnerte dabei auch an die Grenzopfer: „Ein Schlussstrich wäre eine Flucht aus der Geschichte.“ Christian Wulff richtete seinen Blick auf die aktuelle Diskussion darüber, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei: Die DDR „verdiente genau diese Bezeichnung“, weil sie die Menschen „der Vorherrschaft einer Staatspartei und der Willkür der Staatssicherheit“ überlassen habe.

Birgitt Pöttsch

SACHSENSPIEGEL UND MAGDEBURGER RECHT

ERSTE URKUNDLICH ERFASSTE RECHTSPRECHUNG IN EUROPA

Der Sachsenspiegel und das Magdeburger Stadtrecht sind zwei Rechtsquellen, die während des 13. Jh. auf dem Territorium des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt entstanden sind. Auf Grund ihrer Qualität und Akzeptanz entfalteten sie sowohl in zeitlicher als auch in räumlicher Hinsicht eine kraftvolle Ausstrahlung. Bis zum 19. Jh. waren sie teilweise noch geltendes Recht. Ihr Geltungsbereich reichte

ENTFALTUNG VON HANDEL UND WANDEL

Das im Elbe-Saale-Gebiet entstandene Recht verband im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit Kaufleute, Handwerker, Städtebürger und Dorfbewohner sowie deren Obrigkeiten in zahlreichen ostmitteleuropäischen Gebieten mit der Stadt Magdeburg, der heutigen Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts, und dem sie umgebenden Territorium. Der Sachsenspiegel ist das bedeutendste deutsche Rechtsbuch des Mittelalters, welches Eike von Repgow zwischen 1220 und 1235 im östlichen Harzvorland in mittelniederdeutscher Sprache niedergeschrieben hat. Durch seine Wirklichkeitsnähe, Verständlichkeit und Struktur erlangte es eine einmalige Autorität – nicht nur in Deutschland. Das berühmte Stadtrecht von Magdeburg bil-

dete sich seit dem 12. Jh. in der Handelsmetropole an der mittleren Elbe heraus. Seine Regelungen zum Verhältnis der fürstlichen und städtischen Gewalten wirkten vorbildhaft und begünstigend für die Entfaltung von Handel und Wandel in den Tochterstädten Magdeburgs. Das waren jene Städte, die das Magdeburger Recht übernommen oder durch Privilegien ihrer Stadtherren erhalten hatten. So entstand das dichte Netzwerk der größten Stadtrechtsfamilie im ostmitteleuropäischen Raum.



Siegel des Magdeburger Schöffensstuhs nach 1631

EINE ZUKUNTSWEISENDE VERBINDUNG

Die sachkundigen Magdeburger Schöffen erteilten Tausende von Auskünften an Rechtsuchende aus Stadt und Land im Einflussgebiet des sächsisch-magdeburgischen Rechts. Sachsenspiegel



Dresdner Bilderhandschrift



Darstellung Eikes von Repgow

von der Elbe bis an den Dnjepr. Hunderte von Landschaften, Städten und Orten in den Gebieten der heutigen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Weißrussland, Estland, Litauen, Lettland und Ukraine übernahmen Regelungen aus dem sächsisch-magdeburgischen Recht. Diese Rezeptionsvorgänge, die sich vom 13. bis zum 18. Jh. vollzogen, stellen eine wertvolle kulturgeschichtliche Grundlage unseres modernen Europas dar.

und Magdeburger Recht waren auf dem Weg nach Europa eine zukunftsweisende Verbindung eingegangen, welche in der europäischen Rechtsentwicklung bis in die Zeit der großen bürgerlichen Rechtskodifikationen des 19. und 20. Jh. spürbar war.

IDEALE DES EIKE VON REPGOW

Fundamentale Rechtsgedanken des Sachsenspiegels wirken bis in unsere heutigen Rechtsordnungen nach. Die Verantwortung vor Gott und den Menschen bei der Ausübung der Gerichtsbarkeit, die Ablehnung unrechter Gewalt, die Einhaltung von Recht und Gesetz sowie das tolerante Miteinander verschiedener Bevölkerungsgruppen und Kulturen waren auch Ideale des Eike von Repgow, zu deren Verwirklichung er mit seinem genialen Rechtsbuch beigetragen hat.

INTERNATIONALE WANDERAUSSTELLUNG

Das Land Sachsen-Anhalt macht mit einer Ausstellung auf dieses einzigartige Phänomen der deutschen und europäischen Rechtsgeschichte aufmerksam und lädt dazu ein, die gemeinsamen Grundlagen unseres friedvollen Zusammenlebens auf dem Kontinent Europa stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rufen. Bisher wurde die Ausstellung in Magdeburg, Halle (Saale), Marienborn, Wendgräben und Tangermünde sowie in Brüssel, in Warschau, in Krakau und zuletzt in Minsk präsentiert. Der Ausstellungskalender



Ius Maideburgense in Oriente

für das Jahr 2010 in Sachsen-Anhalt wird gegenwärtig von der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt erarbeitet. Bewerbungen sind noch möglich. Interessenten können unter der Rufnummer 0391 5676452 Kontakt aufnehmen bzw. Details erfragen.

Prof. Dr. Heiner Lück/Ulrich Grimm



Die Exposition wurde 2006 im Landtag gezeigt.

DER MEISTER ALLER „BÜRGERBEWEGTEN“ EHRUNG VON HANS-JOCHEN TSCHICHE ZUM 80. GEBURTSTAG



Ob als Pfarrer, Bürgerrechtler oder Politiker – Hans-Jochen Tschiche hat die Entwicklung unseres Landes maßgeblich beeinflusst. Anlässlich seines 80. Geburtstages am 10. November 2009 wurde er im Landtag von Sachsen-Anhalt vor allem für sein politisches Wirken geehrt.

Er war Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer, des Deutschen Bundestages und engagierte sich schließlich als Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Alterspräsident und Mitglied des Ältestenrates von 1990 bis 1998 auch im Landtag von Sachsen-Anhalt. Dabei trat er stets für seine Ideale ein.



Anlässlich seines 80. Geburtstages wurde der Jubilar im Landtag geehrt.
Bild links: 1990 als Fraktionsvorsitzender im Plenarsaal.

Landtagspräsident Dieter Steinecke gratulierte dem „Mann des klaren Wortes“ im Namen aller, insbesondere im Namen der anwesenden Abgeordneten, Freunde und Kollegen und wünschte ihm für seine Zukunft vor allem viel Gesundheit. „Der Meister aller Bürgerbewegten“, wie ihn Landtagsvizepräsident Dr. Rüdiger Fikentscher in seiner Laudatio nannte, war angesichts der vielen Lobreden sichtlich bewegt. Rückblickend erklärte er: „Ich hatte ein unglaublich schönes Leben, auch zu DDR-Zeiten, denn einen Löwen am Schwanz zu ziehen und zu gucken, was er macht, das war wirklich schön.“

Carolin Trübe

TREFFEN DER LANDTAGSSPITZEN AUS NIEDERSACHSEN UND SACHSEN-ANHALT



Das Präsidium des niedersächsischen Landtages und der Ältestenrat des Landtages von Sachsen-Anhalt begingen gemeinsam den 20. Jahrestag der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze. Unter Leitung der beiden Landtagspräsidenten Hermann Dinkla und Dieter Steinecke trafen sich die 25 Parlamentarier am 8. und 9. November 2009 in Helmstedt und Marienborn. Nach einer gemeinsamen Sitzung im Rathaus von Helmstedt, in der es u. a. auch um Erwartungen und Erfahrungen der deutschen Einheit ging, besuchten sie das Zonengrenz-Museum Helmstedt, das Grenzdenkmal Hötensleben und die Gedenkstätte Deutsche Teilung in Marienborn.

FESTAKT ZUM TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT



Erinnerte sich: Dr. Hans-Dietrich Genscher

Mit einer Festveranstaltung am 2. Oktober 2009 in der Moritzburg in Halle (Saale) begingen die Abgeordneten des Landtages gemeinsam mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft den Tag der Deutschen Einheit. Musikalisch wurde der Abend vom Ensemble Momento Musicale umrahmt. Nach der Begrüßung durch Landtagspräsident Dieter Steinecke und einem Grußwort des Ministerpräsidenten Prof. Dr. Wolfgang Böhmer wurde die Festrede unter dem Titel „3. Oktober 2009 – 20 Jahre danach“ vom ehemaligen Bundesaußenminister und gebürtigen Hallenser Dr. Hans-Dietrich Genscher gehalten. Dem Titel seines Vortrages



Das Ehepaar Gerlinger erhielt die Ehrenbürgerschaft

entsprechend, blickte er mit detailreichen Schilderungen, z. B. über sein Verhältnis zu Eduard Schewardnaze, zurück. Halles Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados demonstrierte, wie deutsche Einheit funktionieren kann. Sie verlieh Hertha und Hermann Gerlinger das Ehrenbürgerrecht der Stadt. Sie haben ihre Sammlung von Werken der Künstlergruppe „Brücke“ – die weltweit als eine der größten Privatsammlungen gilt – der Stiftung Moritzburg als Dauerleihgabe überlassen.

Ulrich Grimm

VOLKSTRAUERTAG

Im Zeichen der Aussöhnung stand die Gedenkstunde zum Volkstrauertag am 15. November 2009 im Landtag. Ehrengast der Veranstaltung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., die seit 2004 im Plenarsaal stattfindet, war der polnische Botschafter Dr. Marek Prawda. Er betonte in einer Ansprache, dass Polen und Deutsche nun die Chance haben, mit ihren Nachbarn eine dauerhafte europäische Friedensordnung zu gestalten. Landtagspräsident Steinecke ging auf die Bedeutung von Soldatengräbern als Mahnmale für den Frieden ein. Nie mehr dürften Menschen für rassistische Wahnvorstellungen in den Tod geschickt werden. Im Anschluss an die Gedenkstunde nahmen der Landtagspräsident und Vertreter der Fraktionen an einer Kranzniederlegung auf dem Magdeburger Westfriedhof teil.

Andreas Kern



HOLOCAUST-GEDENKTAG 2010

WARUM IST DER 27. JANUAR EIN GEDENKTAG?



Am 27. Januar 2010 jährt sich zum 65. Mal die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau und die Rettung seiner überlebenden Inhaftierten durch Soldaten der Roten Armee. Seit 1996 gedenkt die Bundesrepublik Deutschland durch Proklamation des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog der Opfer des Nationalsozialismus mit einem nationalen Gedenktag. „Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken“, sagte Roman Herzog damals. Am 1. November 2005 erklärte die Generalversamm-

lung der Vereinten Nationen den 27. Januar in einer Resolution offiziell zum internationalen Holocaust-Gedenktag. Er wird außer in Deutschland unter anderem auch in Israel, Großbritannien und Italien offiziell begangen.

VIELE OPFER AUCH IM HEUTIGEN SACHSEN-ANHALT

Auch auf dem Boden des heutigen Sachsen-Anhalt, besonders in den „Gauen Magdeburg-Anhalt und Halle-Merseburg“, forderte der Nationalsozialismus zahlreiche Opfer. Das Land war durch Rüstungsbetriebe, Schwerindustrie und Bergbau geprägt, wo Zwangsarbeiter aus den besetzten Ländern, Sinti und Roma sowie Juden für den Krieg schufteten mussten. Ihre Unterbringung erfolgte unter zumeist menschen-

unwürdigen Bedingungen in Barackenlagern oder leeren Fabrikhallen. Im Frühjahr 1942 mussten im Gau Magdeburg-Anhalt Männer und Frauen aus 29 Ländern Zwangsarbeit verrichten. Auch Deutsche, die Mitleid mit den Gefangenen hatten und ihnen durch Lebensmitteln oder Kleidung halfen, lebten gefährlich. Für diese „Meckerer“ und „Arbeitsbummelanten“, wie es damals hieß, wurden Arbeitererziehungslager eingerichtet. Noch schlimmer erging es den KZ-Häftlingen, die ab 1942 von den Rüstungsunternehmen im Land als weitaus billigere Arbeitskräfte angefordert wurden. Die Konzentrationslager Auschwitz, Buchenwald und Ravensbrück errichteten in der Nähe der Betriebe Außenlager, in denen die Gefangenen per „Vernichtung durch Arbeit“ zum Wohle der Rüstungsindustrie Schwerstarbeit verrichten mussten. Wer nicht an Erschöpfung starb, wurde entkräftet in die Hauptlager zurücktransportiert und dort umgebracht. Das gleiche Schicksal ereilte viele Menschen, die wegen ihres Gesundheitszustandes noch nie oder nicht mehr arbeitsfähig waren. Im Rahmen des Euthanasieprogrammes der Reichsärztekammer wurden ab 1935 in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg systematisch geistig Behinderte und psychisch Kranke, später auch immer mehr Fürsorgezöglinge, Insassen von Alters- und Siechheimen und schwerstverwundete Soldaten getötet. Der Landtag gedenkt im Januar eines jeden Jahres der Opfer des Nationalsozialismus. Im Rahmen einer Gedenkstunde sprechen meist Überlebende des



Holocaust oder Menschen, die in ihrem Auftrag an die dunkelste Zeit deutscher Geschichte erinnern. So konnte z. B. im Januar 2008 Gabriel Bach, stellvertretender Ankläger im Prozess gegen Adolf Eichmann, als Hauptredner gewonnen werden. Bach, der im März 1927 in Halberstadt geboren wurde und jetzt in Israel lebt, weilte auf Einladung des Landtages mehrere Tage in Sachsen-Anhalt. Neben einem Besuch in seiner Geburtsstadt nahm er sich viel Zeit, um insbesondere mit Jugendlichen zu sprechen. Am 27. Januar 2010 findet im Plenarsaal des Landtages erneut eine Gedenkstunde statt. Der Vorsitzende des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, wird die Gedenkrede halten. Anschließend begeben sich die Teilnehmer zu einer Kranzniederlegung in Magdeburg-Rothensee – dem Standort des ehemaligen Außenlagers „MAGDA“ des KZ Buchenwald.

AUSSTELLUNG DES DOKUMENTATIONS- UND KULTURZENTRUMS DEUTSCHER SINTI UND ROMA

Am gleichen Tag wird eine Ausstellung über den nationalsozialistischen Völkermord an den Sinti und Roma im Landtag eröffnet. Die bisher in rund 60 Städten der Bundesrepublik gezeigte Ausstellung des Heidelberger Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma zeichnet erstmals die Geschichte der Verfolgung der Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus nach: von der stufenweisen Ausgrenzung und Entrechtung im Deutschen Reich bis hin zur systematischen Vernichtung im national-

sozialistisch besetzten Europa. Dabei versucht die Ausstellung eine Annäherung an den Holocaust an den Sinti und Roma: ein Menschheitsverbrechen, das sich allen historischen Vergleichen entzieht und das in seinem Ausmaß bis heute unvorstellbar bleibt. Die Darstellung der Verfolgungsgeschichte geht von Menschen aus, die zu Opfern erst gemacht wurden; ihre Biografien stehen deshalb im Zentrum der Ausstellung. Den menschenverachtenden Dokumenten und Fotos der Täter, in denen Sinti und Roma systematisch entmenschlicht und entpersönlicht werden, stehen die Zeugnisse der Opfer und die Berichte der Überlebenden gegenüber. Einen zentralen Stellenwert nehmen dabei alte Familienbilder ein, die einen Einblick in die persönlichen Lebenszusammenhänge vermitteln und die zeigen, in welcher vielfältiger Weise Sinti und Roma in das gesellschaftliche und lokale Leben integriert waren, bevor die Nationalsozialisten ihre systematische Ausgrenzung betrieben. Durch das besondere Spannungsverhältnis dieser beiden Ebenen – Normalität und Alltag der Minderheit einerseits, Terror und Verfolgung andererseits – wird dem Besucher bewusst, dass sich hinter den abstrakten Dokumenten der bürokratisch organisierten Vernichtung unzählige zerstörte Lebenswege verbergen.

Stefan Müller

Die Ausstellung kann vom 27.1.2010 bis 12.3.2010 werktags von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr kostenfrei besichtigt werden.



ROMANI ROSE

... wurde 1946 in Heidelberg geboren. Dort war er bis 1982 selbstständiger Kaufmann.

Bei der Gründung des Zentralrats im Jahre 1982 wurde er von den Delegierten der Mitgliedsorganisationen – damals neun, heute 16 Landesverbände und regionale Vereine – zum Vorsitzenden gewählt und seither alle vier Jahre in seinem Amt bestätigt. 1991 übernahm Rose die Geschäftsführung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg. Gemeinsam mit den Vorsitzenden der nationalen Minderheiten in Deutschland leitet Rose den am 9. September 2004 gegründeten Minderheitenrat. Das ist der Zusammenschluss der Dachorganisationen der vier nationalen, zu Deutschland gehörenden und seit jeher hier ansässigen autochthonen Minderheiten: Die DOMOWINA der Sorben, der Friesenrat, die Südschleswigsche Vereinigung der dänischen Minderheit und der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma.

Mit Minderheitenvertretern aus den USA, Mexiko, Argentinien, Japan, Indien, Sri Lanka, Frankreich und den Niederlanden ist Rose auch Direktoriumsmitglied der im Jahre 1988 in Tokio gegründeten Internationalen Bewegung gegen Diskriminierung und Rassismus (IMADR).

Ein maßgeblicher Antrieb für Roses Engagement ist seine persönliche Betroffenheit.

Dreizehn unmittelbare Verwandte wurden ermordet, darunter die Großeltern in den Konzentrationslagern Auschwitz und Ravensbrück.

DANK AN DEUTSCHE SOLDATINNEN UND SOLDATEN IN KRISENREGIONEN DER WELT

Zu einem emotionalen Moment kurz vor Weihnachten kommt es traditionell im Landtag von Sachsen-Anhalt. Landtagspräsident Dieter Steinecke nimmt in diesem Jahr am 9. Dezember 2009 zum vierten Mal während seiner Amtszeit die Möglichkeit wahr, den im Ausland stationierten Soldatinnen und Soldaten sowie den Fachkräften des Polizeiwesens den Dank von Gesellschaft und Politik für ihre verdienstvolle Arbeit zu übermitteln. Im Rahmen einer Video-Liveschaltung in ein Krisengebiet drückt er stellvertretend für alle Abgeordneten des Parlaments sei-



Die Medaillen der Jahre 2003 bis 2008

nen Respekt und seine Anerkennung für die tägliche Arbeit der Bundeswehr im Ausland aus. Symbolisch übergibt Steinecke an Oberst Friedemann Wolf, dem Kommandeur des Landeskommandos Sachsen-Anhalt, eine Anerkennungsmedaille, die auch zeitgleich den aus Sachsen-Anhalt abkommandierten Einsatzkräften überreicht wird. In adventlicher Stimmung findet im Anschluss ein Treffen zwischen Mitgliedern des Landtages und den Familien der Bundeswehrangehörigen statt.

Steinecke will diese Medaillen als „ein kleines Zeichen unserer Anerkennung“, verstanden wissen. „Diese Geste soll den Einsatzkräften vermitteln, dass wir nicht nur als politisch Verantwortliche voll und ganz hinter ihnen stehen, sondern dass wir uns auch bewusst sind: Sie als unsere Landeskinder sorgen für die Sicherung des Friedens in der Welt.“ Im Jahr 2003 hatte sich der damalige Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt, Professor Dr. Adolf Spotka, entschlossen, als Geste des Dankes gegenüber den Polizeibeamten und den Soldatinnen und Soldaten aus Sachsen-Anhalt, die sich über das Weihnachtsfest in einem Auslandseinsatz befinden, eine Medaille zu stiften.

Aus Neusilber gefertigt, 35 mm groß, zeigt die Medaille auf der einen Seite das Landtagslogo mit dem Schriftzug „Dank und Anerkennung für den Auslandseinsatz – Der Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt“. Auf der Rückseite ist ein jedes Jahr wechselndes Motiv aus der Reihe „Parlamentsgebäude in Sachsen-Anhalt“ und der



Live-Schaltung 2008 ins Kosovo

Schriftzug „Weihnachten“ unter Nennung des jeweiligen Jahres zu sehen. Die erste Medaille zeigte im Jahr 2003 das Parlamentsgebäude am Magdeburger Domplatz, 2004 wurde die Reihe mit dem Ständehaus in Merseburg als Tagungsort des Provinziallandtages der Provinz Sachsen in den Zeiten von 1895 bis 1918 und 1919 bis 1933 fortgesetzt. Motiv der 2005er Medaille war die Hugo-Junckers-Kaserne in Dessau, in der sich 1990 der jetzige Landtag von Sachsen-Anhalt konstituierte. 2006 erinnert das Motiv „Stadtschützenhaus“ Halle an den 60. Jahrestag der Konstituierung des Provinziallandtages Sachsen am 18. Oktober 1946. Das Zeche Palais in Merseburg zierte die Medaille 2007. Es war der Tagungsort der Ständerversammlung der Provinz Sachsen von 1837 bis 1894. Die Medaille 2008 zeigt den Tagungsort des Landtages von Anhalt-Bernburg im Jahre 1848 im Bernburger Schloss. Das Motiv 2009 nimmt Bezug auf die Orangerie des Schlosses Bernburg, in der der Landtag von 1849 bis 1859 tagte. *Ulrich Grimm/Hans-Jürgen Ende*

RUND UM DEN LANDTAG – KURZ NOTIERT

NACHGERÜCKT: EDUARD JANTOS



Für Jürgen Stadelmann, der die CDU-Fraktion aufgrund seiner Berufung zum Staatssekretär verlassen hat, rückt Eduard Jantos in den Landtag nach. Der 56-jährige Ingenieurökonom aus der Lutherstadt Eisleben verfügt bereits über Parlamentserfahrung. Er gehörte dem Landtag von 2002 bis 2006 an. Der gelernte Betriebsschlosser studierte von 1975 bis 1980 in Weimar und ist seit 1971 in der CDU politisch aktiv. Er gehört dem Kreistag Mansfelder Land an und engagiert sich im Bau- und Vergabeausschuss sowie im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst. Beruflich leitet der Vater von vier Kindern die Geschäftsstelle des CDU-Kreisverbandes in Eisleben. *Ulrich Grimm*

Am 25. November 2009 macht der Landtag gemeinsam mit dem Landesfrauenrat in einer Gedenkstunde auf das Thema Gewalt gegen Frauen und Kinder aufmerksam. Der Internationale Tag gegen Gewalt gegen Frauen wird jährlich genutzt, um mit Fahnenaktionen, Gedenkstunden, Fachveranstaltungen etc. das leider noch immer aktuelle Problem der Gewalt gegen Frauen und Kinder zu thematisieren.

Traditionell wird im Foyer des Landtages zu Beginn der Adventszeit ein Weihnachtsbaum aufgestellt. In diesem Jahr übernehmen am 25. November 2009 Mädchen und Jungen der Reinhard-Lakomy-Schule Halberstadt das Schmücken mit selbst gebasteltem Baumschmuck.

Am 5. Dezember 2009 würdigen Landtagspräsident Dieter Steinecke und Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer in einer gemeinsamen Veranstaltung 120 Bürgerinnen und Bürger stellvertretend für die über 600 000 ehrenamtlich engagierten Sachsen-Anhalter und Sachsen-Anhalterinnen.

Die letzte Plenartagung im Kalenderjahr 2009 findet am 10. und 11. Dezember 2009 statt. Insgesamt trat das Landesparlament in diesem Jahr zu 18 Sitzungen zusammen. Termin der ersten Landtagssitzung des neuen Jahres ist der 21. Januar 2010.

VORGESTELLT

Wie in vorhergehenden Ausgaben wird an dieser Stelle ein Bereich der Landtagsverwaltung vorgestellt, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Öffentlichkeit nahezu unsichtbar das Funktionieren des Parlamentsbetriebes sichern.

Bevor das Parlament ein Gesetz verabschiedet, wird es in mindestens einem der 12 ständigen Ausschüsse beraten. Oftmals ist es für die Meinungsbildung in diesen Gremien auch notwendig, Anhörungen durchzuführen. Vertreter aus Wissenschaft,



Wirtschaft und Verwaltung werden eingeladen, ihre Sichtweisen darzulegen. Danach werden die Gesetzentwürfe überarbeitet. Am Ende der Beratungen steht die so genannte Beschlussempfehlung an das Plenum. All das muss organisatorisch begleitet werden, z. B. von der Buchung eines Beratungsraumes über die schriftliche Einladung, dem Erstellen einer synoptischen Übersicht der Änderungen am Gesetzentwurf bis zum Verfassen der Beschlussempfehlung. Diese Aufgaben hat Silvia Lahne von 1991 bis zu ihrem Ausscheiden im Oktober 2009 als Ausschussassistentin im Plenar- und Ausschussdienst des Landtages wahrgenommen.

EUROPÄISCHES JUGENDFORUM

JUNGE LEUTE IM DIALOG MIT EUROPA- UND LANDTAGSABGEORDNETEN



Am Freitag, dem 30. Oktober 2009, waren 101 Schülerinnen und Schüler von vier Schulen unseres Bundeslandes in den Landtag von Sachsen-Anhalt eingeladen worden, um im Rahmen des Europäischen Jugendforums mit den Europaabgeordneten Dr. Horst Schnellhardt und Holger Kraemer sowie den Landtagsabgeordneten Silke Schindler und Dr. Uwe-Volkmar Köck über CO₂-Grenzen und Biokraftstoffe zu debattieren.

Nach einer kurzen Begrüßung fanden sich die Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen „Hermann Beims“ und „Dr. Otto Schlein“ aus Magdeburg, der Berufsbildenden Schule des Bördekreises aus Oschersleben und des Walter-Gropius-Gymnasiums aus Dessau in ihren Arbeitsgruppen zusammen, um sich noch einmal gezielt auf das so genannte Hearing vorzubereiten. Im Beratungsraum der Berufsbildenden Schule „Hermann Beims“ war schnell der Gruppensprecher benannt, welcher die erste Frage an die Politiker richten würde: Marvin Oberdörfer. Er fühlte sich für diese Aufgabe geradezu berufen: „Meine Schwiegereltern besitzen die größte Biogasanlage Deutschlands. Dadurch habe ich mich schon sehr intensiv mit dem Thema Energie beschäftigt.“ Die insgesamt 28 Jugendlichen einigten sich darauf, im Forum die Themen „Bildungspolitik“, „Steuerpolitik“ und „Energemix“ anzusprechen.

Gegen 11:30 Uhr betraten sie schließlich den Plenarsaal. Landtagspräsident Dieter Steinecke hieß die Teilnehmer herzlich willkommen: „Ich wünsche uns ein wunderbares Forum und hoffe, dass wir mit dem Gefühl herausgehen, zumindest ein klein wenig dazu beigetragen zu haben, dass die Welt ein bisschen besser wird, als sie ist.“

tragen zu haben, dass die Welt ein bisschen besser wird, als sie ist.“

SCHLIESSLICH WURDE ES ERNST

Nun hatten die gewählten Sprecher neunzig Minuten lang Zeit, die Politiker mit den ausgearbeiteten Fragen zu konfrontieren: „Ist es ethisch vertretbar, Agrarrohstoffe trotz Hungersnot in zahlreichen Ländern technisch zu nutzen?“, „Sollte eine Ökosteuer für die Förderung regenerativer Energien erhoben werden?“, „Was kann man ernsthaft tun, um Energiekonzernen auf die Füße zu treten?“. Die Politiker stellten sich einer nach dem anderen den Fragen der Jugendlichen und werteten diese aus. Interessiert lauschten die jungen Leute den Ausführungen, Streitgespräche blieben zu diesem Zeitpunkt noch aus. In der folgenden Europadebatte jedoch diskutierten die Schülerinnen und Schüler heiß über einzelne Spezialthemen und den Klimawandel im Allgemeinen. Den Abschluss bildete eine gemeinsame Abstimmung über vier Problemfragen.

„Ich fand es gut, dass alle Politiker auf unsere Meinungen eingegangen sind und uns erklärt haben, ob man diese Vorstellungen umsetzen könnte“, resümierte Marvin nach dem Forum, „das war wirklich interessant.“

Als deutschlandweite Veranstaltungsreihe hat sich das Europäische Jugendforum zum Ziel gesetzt, Jugendliche unter dem Titel „Prima Klima“ an aktuelle politische Entwicklungen heranzuführen. In Kooperation mit den Landtagen und Bürgerschaften wird es durch das Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland realisiert.

Carolin Trübe

DAS JUGENDFORUM HAT ABGESTIMMT			
Einführung einer Umweltsteuer?			
JA 65	NEIN 15	ENTHALTUNGEN 3	
Förderung des Öffentlichen Nahverkehrs (zwischen Städten und ländlichen Regionen)?			
JA 70	NEIN 7	ENTHALTUNGEN 6	
Investition in Biomasse?			
JA 16	NEIN 47	ENTHALTUNGEN 20	
Einsatz eines Teils des Bundeshaushaltes für regenerative Energien?			
JA 68	NEIN 1	ENTHALTUNGEN 12	

TERMINE JANUAR – MÄRZ 2010

16. Januar 2010 MEILE DER DEMOKRATIE

Zum zweiten Mal wird der Breite Weg in Magdeburgs Innenstadt zur Meile der Demokratie. Im Gedenken an die Zerstörung der Stadt am 16. Januar 1945 und aufgrund der Thematisierung dieses Datums für die Ziele rechter Gruppierungen, einhergehend mit Demonstrationen im Stadtzentrum, sind Anwohner, Vereine, Verbände und Institutionen aufgerufen, mit einem individuellen Informationsangebot den Breiten Weg zu einer Meile der Demokratie zu machen. Als unmittelbarer „Nachbar“ wird sich der Landtag, wie auch 2009, wieder beteiligen.

21./22. Januar 2010 70. UND 71. SITZUNG DES LANDTAGES

Die erste Plenartagung im neuen Jahr. Planungen des Finanzausschusses zugrunde legend, kann die zweite Lesung des Haushaltsgesetzes 2010 erwartet werden.

27. Januar 2010 HOLOCAUST-GEDENKTAG

In einer gemeinsamen Veranstaltung werden die Abgeordneten des Landtages und die Mitglieder der Landesregierung den Opfern des Nationalsozialismus gedenken.

18./19. Februar 2010 72. UND 73. SITZUNG DES LANDTAGES

18./19. März 2010 74. UND 75. SITZUNG DES LANDTAGES

22. März 2010 JUGEND DEBATTIERT

Zum Landesfinale im bundesweiten Wettbewerb Jugend debattiert treffen sich 100 Schülerinnen und Schüler im Landtag. Sie werden an diesem Tag die vier Finalisten ermitteln, die Sachsen-Anhalt beim Bundesfinale in Berlin vertreten.

Die aktuellen Termine finden Sie immer unter: www.landtag.sachsen-anhalt.de

DER LANDTAG IM INTERNET

DER SCHNELLSTE WEG ZU AKTUELLEN INFORMATIONEN

Wahlergebnisse, Abgeordnetenbiografien, Fraktionen, Ausschüsse, Termine, Tagesordnungen, Drucksachen und vieles mehr kann beim Besuch des Landtages im Internet abgerufen werden unter:

www.landtag.sachsen-anhalt.de

Besuchergruppen können sich online anmelden, und über die integrierte Mailfunktion sind alle Abgeordneten erreichbar. Ebenso ist die Bestellung weiteren Informationsmaterials möglich.

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt

Auflage und Erscheinen:
10 000 Exemplare, vierteljährlich

Redaktion/Bestelladresse:
Landtag von Sachsen-Anhalt
Ref. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Besucherdienst und Protokoll
Domplatz 6 - 9, 39094 Magdeburg
Fon: 0391 | 560 | 0
Fax: 0391 | 560 | 1123
www.landtag.sachsen-anhalt.de
landtag@lt.sachsen-anhalt.de

Redaktion: Ursula Lüdke (Ltg.), Hans-Jürgen Ende, Ulrich Grimm, Dr. Torsten Groß, Andreas Kern, Prof. Dr. Heiner Lück, Stefan Müller, Gudrun Oelze, Detlef Pickut, Birgitt Pötzsch, Carolin Trübe

Fotos: S.1: Landtag v. Sachsen-Anhalt; S.4-5: Klapper Magdeburg; S.7: Klapper Magdeburg; S.9. u.: Cornelia Striewski; S.9 o. und S.11: Bilddatenbank www.sachsen-anhalt.de; S.11: Calibris Designagentur Bad Bibra; S.12 o.l.: Fremdenverkehrsverein Werben; S.12 o.r.: Magdeburger Weihnachtsmarkt GmbH; S.13: Jürgen Meusel; S.14 o.: Kathryn Owens, AdR; S.14 u.l.: Klapper Magdeburg; S.14 u.r.: CDU-Landtagsfraktion; S.15: Jens Wolf; S.16 u.r.: Oldenburger Bilderhandschrift des Sachsen spiegels, Landesbibliothek Oldenburg, Leihgabe der Niedersächsischen Sparkassenstiftung; S.16 u.l.: Die Dresdener Bilderhandschrift des Sachsen spiegels (Facsimile, hg. von Karl von Amira, Neudruck 1968); S.16 o.l.: Harald Kruse; S.16 m.: Kulturhistorisches Museum Magdeburg; S.17 o.: Eckedesign Potsdam; S.17 u.: Klapper Magdeburg; S.18 o.: Klapper Magdeburg; S.18 u.: Gerhard Miesterfeldt; S.19: Klapper Magdeburg; S.20: Landtag; S.21: Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma; S.22: Klapper Magdeburg; S.23 l.: Lubenia, Eisleben; S.23 r.: Landtag v. Sachsen-Anhalt; S.24: Carolin Trübe; Titel: schotshop.com

Gestaltung: signum Halle (Saale)
www.agentursignum.de

Druck: Harzdruckerei GmbH
www.harzdruck.de

Redaktionsschluss: 24. November 2009

Dieses Magazin dient der Öffentlichkeitsarbeit des Landtages von Sachsen-Anhalt. Es wird kostenfrei verteilt. Es darf weder von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Fit im Unterricht

Broschüren für Jugendliche

Klassensätze kostenlos durch den Landtag bereitgestellt



Gibt es im Landtag eine eigene Sprache? Wer darf ein Gesetz vorschlagen? Was gibt es für Schulklassen im Landtag zu erleben? Die Antworten auf diese und noch viel mehr Fragen, die beispielsweise im Sozialkundeunterricht diskutiert werden, gibt es in den Broschüren – extra für junge Leute entwickelt.

Sie können kostenlos bestellt werden unter:

Landtag von Sachsen-Anhalt
Ref. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Besucherdienst und Protokoll
Domplatz 6 - 9
39104 Magdeburg

Fon 0391 | 560 | 1226
Fax 0391 | 560 | 1123

landtag@lt.sachsen-anhalt.de
www.landtag.sachsen-anhalt.de


**DER LANDTAG VON
SACHSEN-ANHALT**
www.landtag.sachsen-anhalt.de